



Arbeitstreffen der Sozialminister. Auf dem linken Foto (von links): Staatssekretär Rolf Schmachtenberg (Deutschland), Bundesrat Alain Berset (Schweiz), Regierungsrat Manuel Frick (Liechtenstein), Bundesminister Johannes Rauch (Österreich) und Erster Regierungsrat Abilio Fernandes (Luxemburg). (Fotos: IKR)

Frick schlägt Dachabkommen für Homeoffice über Grenzen vor

Ziel Regierungsrat Manuel Frick empfing am Donnerstag die deutschsprachigen Sozialminister in Liechtenstein.

Die Delegationen wurden geleitet von Bundesrat Alain Berset (Schweiz), Bundesminister Johannes Rauch (Österreich), Staatssekretär Rolf Schmachtenberg (Deutschland) und dem Ersten Regierungsrat Abilio Fernandes (Luxemburg).

Das Programm startete mit dem Arbeitstreffen in Mauren, bei dem sich die Sozialminister zuerst mit dem Thema Homeoffice auseinandersetzen. Nach einem Impulsreferat von Doris Quaderer von der Stiftung Zukunft.li wurden insbesondere die Herausforderung bei Homeoffice von Grenzgängerinnen und Grenzgängern sowie mögliche Lösungsansätze

Die Tageszeitung für Liechtenstein

Homeoffice-Hürden: Stiftung Zukunft.li sieht Politik in der Pflicht

Publikation In der Coronapandemie ist das Interesse am Homeoffice gestiegen. Rechtliche Hürden erschweren hierzulande die Umsetzung. Eine Lösung ist laut Stiftung Zukunft.li aber möglich - sofern der politische Wille in der Region vorhanden ist.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Die Coronakrise hat es vielen Unternehmen deutlich gemacht: Homeoffice funktioniert besser als erwartet. Zu diesem Schluss kommen zwei Drittel der 125 Betriebe und Institutionen, die sich im Juni an einer Umfrage der Stiftung Zukunft.li beteiligt haben. Rund 80 Prozent erwarten zudem, dass Homeoffice nach der Pandemie an Gewicht gewinnen wird. Bietet die Arbeit von zu Hause aus doch auch Vorteile

Gleichzeitig bringt das steigende Interesse auch Hürden ans Tageslicht. Denn ein Land wie Liechtenstein mit einem Grenzgängeranteil von 56 Prozent stösst hier an rechtliche Grenzen. Gültiges EWK-Recht sieht vor, dass ein Grenzgänger, der über 25 Prozent seiner Arbeit am Wohnort verrichtet, auch dort seine Sozialabgaben zahlen muss. Das gilt für Schweizer in der Schweiz und im EWK lebende Grenzgänger. Noch unständlicher wird es für EWK-Grenzgänger, wenn die Sozialversicherungsbeiträge in mehreren Ländern aufgeteilt werden. All das kann für den Arbeitgeber schnell kompliziert und teuer werden.

Spielraum vorhanden Aktuell ist diese Regelung zwar coronabedingt bis Ende Jahr ausser Kraft gesetzt, jedoch erschwert sie ein ausgeweitetes Homeoffice nach der Krise. Das Interesse sei jedoch da. Nicht zuletzt aus diesem Grund sieht Doris Quaderer, Projektverantwortliche der Stiftung, hier Handlungsoptionen, die Entscheidung

hinzugezogenen Europarechtsexperten Georges Baur vom Liechtenstein-Institut durchaus Spielraum für zwischenstaatliche Lösungen - sofern der beidseitige Wille für ein flexibles Homeoffice gegeben ist. Die gestern vorgestellte Publikation «Fokus Homeoffice: Wunsch und Wirklichkeit», die neben den sozialversicherungsrechtlichen Hürden auch arbeits- und steuerrechtliche Lücken aufzeigt, soll dafür als Anstoss dienen. Quaderers klarer Appell: Die Entscheidung über ein

Die Stiftung Zukunft.li sah bereits 2020 Handlungsbedarf. (Faksimile: VB)

diskutiert. Für Regierungsrat Manuel Frick kommt diesem Thema grosse Bedeutung zu, zumal Liechtenstein in hohem Masse auf Grenzgängerinnen und Grenzgänger angewiesen ist. Die derzeitige Sonderlösung, die im Zusammenhang mit der Pandemie

eingeführt wurde, konnte diese Woche bis Mitte 2023 verlängert werden. Das hält das Ministerium für Gesellschaft und Kultur in der Pressemitteilung vom Donnerstag fest. Liechtenstein möchte demnach zeitnah bilaterale Lösungen erreichen,

die unabhängig von dieser Sonderlösung greifen. Frick brachte dabei ein mögliches Dachabkommen der deutschsprachigen Länder ein, das gemäss Schlusserklärung des Ministertreffens geprüft werden soll. Zweites Thema des Arbeitstreffens war die soziale Sicherung vor dem Hintergrund starker Inflation und hoher Energiepreise. Die Sozialminister diskutierten die Herausforderungen durch die aktuelle Entwicklung, die ergriffenen Massnahmen sowie Vor- und Nachteile staatlicher Interventionen. Nach den Arbeitsgesprächen lud Regierungschef Daniel Risch die Delegationen zu einem Empfang im Regierungsgedäude ein. Das Programm des Sozialministertreffens wurde durch eine Führung durch die aktuelle Ausstellung des Kunstmuseums «Candida Höfer. Liechtenstein» und ein offizielles Abendessen, gegeben von Regierungsrat Manuel Frick, abgerundet. (red/ikr)